

Widerstand gegen moderne Filteranlagen

VDI nachrichten, Düsseldorf, 18. 8. 06, has –

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen fordern, Aktivkohle- oder Membranfilter bei der Wasseraufbereitung vorzuschreiben. Verbände der Wasserwirtschaft sträuben sich: Das würde die Kosten in die Höhe treiben.

Einen schweren Vorwurf erhob Johannes Rimmel, umweltpolitischer Sprecher der Grünen, Anfang der Woche: Die nordrhein-westfälische Landesregierung versäume vorsätzlich den Schutz von rund 5 Mio. Menschen an der Ruhr vor verseuchtem Trinkwasser.

Rimmel legte einen Aktionsplan vor, der Wege aufzeigt, perfluorierte Tenside (PFT) aus dem Trinkwasser zu bekommen. Dazu gehört die Forderung an das NRW-Umweltministerium, das Landeswassergesetz streng auszulegen und z. B. Aktivkohlefilter oder Membrantechniken vorzuschreiben.

Unterdessen verdeckt die aktuelle öffentliche Diskussion - etwa um Funde von möglicherweise Krebs erregenden Tensiden in Forellen aus dem Sauerland - den Widerstand von Teilen der Wasserwirtschaft gegen moderne Filtertechniken.

Die Wasserversorger wehren sich seit längerem gegen den Willen von Politik und Experten, das Trinkwasser von allen Schadstoffen völlig frei zu halten. Und sie torpedieren eine entsprechende Änderung des Rechts. Schon drei Wochen vor der Ernennung des neuen CDU/FDP-Kabinetts im vergangenen Jahr nahm sich Jochen Stemplewski, Vorstandsvorsitzender der Wasserwirtschaftsverbände Emschergenossenschaft und des Lippeverbandes, den designierten Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) beiseite.

Am 31. Mai vorigen Jahres überreichte er ihm "einige Anmerkungen zur zukünftigen Wasserpolitik in NRW". Es gehe jetzt darum, "ideologische Blockaden zu lösen". Konkret fordert Stemplewski ein "NRW-Wasserpaket mit den Akteuren der Wasserwirtschaft zur Gewässerpolitik der nächsten Jahre statt staatlicher Überregulierung". Und härter noch: "Keine Vorgabe von Techniken und Verfahren" bei der Umsetzung des Landeswassergesetzes. Am 26. Juli 2005 legte die "Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke an der Ruhr (AWWR)" in einem Schreiben an das Umweltministerium nach.

Membranfilter würden Kosten für Wasseraufbereitung in die Höhe treiben

Die AWWR geht grundsätzlich auf eine mögliche Gesundheitsgefahr ein, die von Stoffen herrühre, die in Flüsse eingeleitet werden. Sie räumt auch Qualitätsverluste im Trinkwasser ein, beharrt aber auf der hergebrachten Sandfilter-Technik und dient dem neuen Umwelt-Staatssekretär Alexander Schinck einen Besuch im Wasserwerk Schwerte an. Der Ruhrverband, ebenfalls ein Wasserwirtschaftsverband, drängte Schinck am 14. September, doch bitte die geltenden Standards für Fließgewässer nicht noch zu verschärfen - sollten Kläranlagen nachgerüstet werden müssen, berge das die "Gefahr" von Kostensteigerungen.

Damit versucht der Ruhrverband, die Pflicht zur Nachrüstung zu kippen, die noch von der alten rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebracht worden war. Mit Nachdruck macht sich die AWWR für die veraltete Uferfiltration stark. Sie schreibt am 11. Januar an Minister Uhlenberg: "Mit Sorge verfolgen die Wasserwerksbetreiber an der Ruhr" die Diskussion darüber, dass die moderne Membrantechnik zur Schlüsseltechnologie werden könnte. Die sei "nicht erforderlich", sagt die AWWR und lässt auch die Katze aus dem Sack: "Wegen der vergleichsweise hohen Kosten ist ein wirtschaftlicher Einsatz bisher selten gegeben".

Der Ruhrverband schreibt dem Minister, im "günstigsten Fall" führten Ultrafiltration und Membran-Nanotechnik zur Verdoppelung der Abwasserbehandlungskosten auf 400 Mio. € jährlich.

In dieser Situation bekommt Abteilungsleiter Harald Friedrich, zuständiger Abteilungsleiter im Umweltministerium, die fristlose Kündigung (VDI nachrichten 21.7.06).

VDI nachrichten, Düsseldorf, 18. 8. 06, has - Die Grünen in Nordrhein-Westfalen fordern, Aktivkohle- oder Membranfilter bei der Wasseraufbereitung vorzuschreiben. Verbände der Wasserwirtschaft sträuben sich: Das würde die Kosten in die Höhe treiben.

Er hatte der Bürgermeisterin von Dinslaken den Bau einer eigenen Membran-Filtration empfohlen und bemängelt, dass das von Gelsenwasser vertriebene Trinkwasser in seiner Güte nicht vergleichbar sei mit der Wasserqualität, wie sie durch Membran-Nano-Filtration erreichbar sei. Dinslaken kauft nach diesem Befund kein Trinkwasser von Gelsenwasser. Dessen Vorstand fühlt sich "mit falschen Behauptungen verunglimpft" und droht über Staatssekretär Schinck "Konsequenzen" an.

Mit Friedrich sei eine vertrauensvolle Zusammenarbeit wohl "kaum mehr möglich". Und ganz so, als sei die derzeitige Trinkwasserqualität ein streng zu hütendes Geheimnis, rüffelt Gelsenwasser: "Eine öffentliche Auseinandersetzung" sei nicht im Interesse des Versorgungsunternehmens. Denn eine solche Diskussion führe "nur zur Verunsicherung der Bürger".

Das Ministerium bestreitet jeden Zusammenhang zwischen der Kündigung Friedrichs und der Debatte über die Wasserqualität. Es bestehe vielmehr der "dringende Verdacht gravierender arbeitsrechtlicher Verletzungen".

Das sieht Friedrichs Anwalt Roland Wille anders: Ihm dränge sich der Eindruck auf, dass der noch von der früheren grünen Umweltministerin Bärbel Höhn eingestellte Friedrich nach dem Regierungswechsel im Sommer 2005 in Ungnade gefallen sei.

Im Arbeitsprozess um die fristlose Kündigung des Abteilungsleiters hat die Landesregierung jetzt ihre Gründe öffentlich gemacht. Harald Friedrich habe mindestens einen Auftrag in Höhe von 425 000 € freihändig an das Institut der RWTH Aachen vergeben, an dem er auch Lehrbeauftragter war. Zudem soll er die Kandidatin für eine Referatsleitung am Vorabend der Prüfung über die Fragen und Antworten informiert haben.

In diesen Vorwürfen sah Richterin Elsgin Hocke vorläufig und "möglicherweise" eine "Qualität" für die fristlose Kündigung. Friedrichs Anwalt machte dagegen geltend, der Auftrag sei vom Ministerium an eine öffentlich-rechtliche Institution gegangen, das dürfe kein außerordentlicher Kündigungsgrund sein.

Zum Vergleichsvorschlag der Richterin - fristgerechte Kündigung und Abfindung - können beide Seiten bis Monatsende Stellung beziehen.

Anfang dieses Monats haben die Stadtwerke Arnsberg wegen der hohen PFT-Konzentration in einem Wasserwerk acht bis zu 3 m dicke Aktivkohlefilter in die Wasseraufbereitungsanlage eingebaut. In anderen Wasserwerken sind ähnliche Maßnahmen in Planung. EBERHARD PH. LILIENSIEK